

€ 1-

Solidaritätspreis: € 2-

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

JA ZUR NEUTRALITÄT – NEIN ZUM EU-VERTRAG!

Weil die EU-Verfassung 2005 auf breite Ablehnung und auf ein NEIN bei den befragten Holländern und Franzosen stieß, wurde nun dafür bloß ein neuer Titel gefunden: EU-Vertrag.

Der Inhalt bleibt selbst nach Aussagen von Außenministerin Plassnik zu 95% gleich. Deshalb haben Bundeskanzler Gusenbauer und Außenministerin Ursula Plassnik im Dezember 2007 den sog. EU-„Reform“vertrag unterschrieben. Er soll am 9. April 2008 im Parlament von SPÖ, ÖVP und den Grünen beschlossen werden.

Am Volk vorbei und gegen die Neutralität

Während die Regierungsparteien den EU-Willen gegen die Bevölkerung durchdrücken wollen und das Volk fürchten, Bundespräsident, Nationalratspräsidentin und auch die Grün-Spitzen nicht das Volk entscheiden lassen wollen, gehen Kronenzeitung nur auf Leserfang, FP?, BZ? und Hans Peter Martin nur auf Wählerfang. Was von den Kronen-Zeitungs- und FP-„Volksinitiativen“ zu halten ist, zeigt die Vergangenheit deutlich: Da wurde gegen das AKW-Mochovce begehrt, da wurde gegen das AKW-Temelin getrommelt und Unterschriften gesammelt - aber geschehen ist dann gar nichts. Und der ÖGB? War der ÖGB 2004 zumindest in Worten noch für eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung, hält er heute vollkommen still, obwohl der EU-Vertrag praktisch der EU-„Verfassung“ von 2005 entspricht. Zudem hat erst unlängst der Europäische Gerichtshof (EuGH) das nationale Streik- und Kollektivvertragsrecht in Frage gestellt. Trotzdem schweigt der ÖGB!

EU-Vertrag = Aufrüstung, Atomausbau – Sozial- und Demokratieabbau

Der EU-Vertrag bedeutet: Ver-

pflichtung zur ständigen Aufrüstung – kontrolliert durch ein EU-Rüstungsamt zur Förderung der Kriegsindustrie, militärische Beistandspflicht zu weltweiten Kriegseinsätzen (schon jetzt als Vorleistung im Tschad oder im Kosovo), Teilnahme Österreichs an den neuen EU-Schlachtgruppen. Die EU arbeitet schon länger auf eine eigene Militär- und Atommacht hin. In Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA wollen die europäischen Konzerne nun auch militärisch im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitische Einflussphasen, ein Gegengewicht aufbauen. Die Menschen Europas sollen dafür wieder Opfer bringen. Der EU-Vertrag öffnet die Tür für die weitere Privatisierung von öffentlichen Diensten, wie z. B. von Wasserwerken, Verkehrsbetrieben, Spitälern, Energieversorgern, Bildungseinrichtungen usw. Der EU-Vertrag bedeutet weitere Förderung der Atomenergie mit dem Ziel, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen.“ (EURATOM-Vertrag).

Massiver Sozial- und Demokratieabbau für die Menschen bei gleichzeitiger Aufrüstung, die die ArbeitnehmerInnen bezahlen sollen, das steht uns mehr und mehr ins Haus. Der EU-Vertrag, der Anschluss an ein offensives EU-Militärbündnis, ist Verfassungsbruch! 80% aller ÖsterreicherInnen sind nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität. Deswegen will die Regierung das Neutralitätsgesetz formal nicht antasten und auch keine Volksabstimmung über den EU-Vertrag abhalten. Sie hat Angst, dass die ÖsterreicherInnen



den Schwindel durchschauen und ihre Pläne ablehnen würden.

Die Lehre aus dem II. Weltkrieg mit seinen Millionen Opfern hieß für Österreich nach 1945:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Österreich wurde in der Folge ein neutrales und souveränes Land! Es gehört seit 1955 keinem Militärbündnis an! Unser Land hat seit mehr als 50 Jahren die Neutralität in der Verfassung!

Das **Neutralitätsgesetz** war und ist Ausdruck des Willens der Menschen, dass nicht ÖsterreicherInnen, wie schon zweimal in der Geschichte, für Großmachtinteressen kämpfen und sterben müssen! Nun soll dieses Gesetz gebrochen werden. Wir sollen wieder für Großmachtspolitik einrücken!

- Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um Kriegspläne

- Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Krieg

- Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit der Konzerne.

Entweder Eingliederung in die EU der Konzerne und Militärs, Aufgabe der staatlichen Souveränität und Teilnahme an Kriegen ODER NEUTRALITÄT, SELBSTBESTIMMUNG UND FRIEDENSPOLITIK!

Unsere Neutralität ist gerade in dieser immer kriegerischer werdenden Welt wichtiger denn je. Sie fördert den Frieden. Im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik soll sich Österreichs Außen- und Sicherheitspolitik an den Prin-



zipien des Dialogs, der Konfliktvermeidung, der friedlichen Koexistenz und der internationalen Solidarität orientieren. Das ist der beste Beitrag zum Frieden. Lassen wir nicht zu, dass Österreich wieder unfrei wird, dass ÖsterreicherInnen wieder in den Krieg marschieren. Für unsere Zukunft, für unsere Jugend, für unsere Kinder: verhindern wir den EU-Vertrag!

Wir fordern daher:

- Keine Ratifizierung des EU-Vertrages – Volksabstimmung!
- Keine Beteiligung an der EU-Armee! – Keine Annäherung an die NATO!

• Soziale Sicherheit statt Aufrüstung!

• Raus aus EURATOM!

Österreich ist neutral - und muss es bleiben!

Anlässlich einer Reihe von Februar bis April durchgeführten Veranstaltungen, Diskussionen und Kundgebungen rund um den so genannten EU-„Reform“-Vertrag, traten auch wir aktiv auf und haben den hier abgedruckten Text als Flugblatt gemeinsam mit den „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ verbreitet.

VOR 70 JAHREN – UND HEUTE? KRISE – FASCHISMUS – KRIEG

Drei Schlagworte, kurz und prägnant! Sie charakterisieren üblicherweise die politische Entwicklung in Europa in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg. Sie beschreiben aber auch die Entwicklung einer Politik, die im Dienste der großen Industrien stand.

1938

Die Wirtschaftskrise der 30-er Jahre hatte viele Ursachen, letztendlich war sie aber die Konsequenz kapitalistischer Produktionsweise. Leidtragende waren die Massen der arbeitenden Bevölkerung und das Heer der Arbeitslosen. Diese stellten gleichzeitig aber auch eine Bedrohung für die Kapitalisten dar, indem sie sich organisierten. Sozialistisch orientierte Parteien waren bis zur Machtergreifung Hitlers die stärksten Einzelparteien in Deutschland.

In der Unterstützung der National-„sozialisten“ und vor allem ihrer tatkräftigen Finanzierung sahen die Unternehmer einen Ausweg aus ihrer wirtschaftlichen und politischen Misere. Diese waren für sie die Garanten für ein Niederhalten der Bevölkerung und gleichzeitig für die Expansion nach Osten: neue Märkte, Geschäft durch die Aufrüstung, Rohstoffe, Arbeitskräfte,.... Da bekommt jeder Kapitalist leuchtende Augen, denn für ihn zählt nur der Gewinn.

Für Österreich hat dies den Anschluss an das verbrecherische Deutsche Reich bedeutet, für die gesamte Welt den 2. Weltkrieg mit seinen Millionen Toten.

2008

KRISE

Der Kapitalismus führt in die Krise – Konjunkturzyklen nennen das

die Wirtschaftstheoretiker. Klingt harmlos, ist es aber nicht. Es ist auch falsch, von „der Krise“ zu sprechen, als wäre sie ein periodisch wiederkehrendes Naturereignis, wie Sommer und Winter.

Immer wieder drohen Volkswirtschaften zusammenzubrechen – so geschehen in Südostasien, Südamerika, etc. Das war weit weg. Seit einigen Wochen ist nun massiv die USA betroffen und allmählich auch Europa. Große Banken sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten. (Auch die Weltwirtschaftskrise der 1930-er Jahre wurde mit dem großen Bankenkrach von 1929 eingeleitet.) Es wäre nicht zutreffend, wenn man die heutige Situation allein auf die unlauteren Machenschaften einiger Banker zurückführt. Es ist viel mehr die neoliberale Wirtschaftsordnung, die solche Krisen mit sich bringt.

Inzwischen besteht eine ernsthafte Gefahr, dass eine umfassende Wirtschaftsrezession eintritt. Die Kapitalisten werden einen Ausweg suchen. Sie wollen und müssen weiterhin ihr Ziel der Profitmaximierung verfolgen. Auf wessen Rücken wohl!!!

FASCHISMUS

Diktatur und faschistische Entwicklung sind eine Einheit. Eine Diktatur zeichnet sich unter ande-

rem durch die Missachtung verfassungsrechtlicher Grundsätze und ein ausgeklügeltes Überwachungssystem aus. Lauschangriff, elektronische Fußabdrücke, gläserner Mensch – durch die neuen Technologien alles ein Kinderspiel und zugleich der erste Schritt zum Überwachungsstaat!



Ein weiteres Merkmal von Unterdrückung und Diktatur ist die Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung. Ein Sündenbock soll von den wahren Widersprüchen ablenken. Immigranten, Sozialschmarotzer und „Untüchtige“ werden durch entsprechende Gesetze ausgegrenzt und zu Sündenböcken gemacht.

Durch die herrschende Politik werden den blau/braunen Parteien Wähler zu getrieben. Je mehr die Krisenfolgen zu Lasten der Menschen gehen, umso mehr „rüstet sich“ der Staat gegen den Unmut der Menschen gegen diese Entwicklung. Manchmal könnte einem angst und bange werden.

KRIEG

Weltweit werden Kriege geführt, und längst nicht mehr Stellvertreterkriege. Die USA führen Angriffskriege, die EU greift in zunehmendem Maße ein und mausert sich zu einer Militärmacht (EU-Reformvertrag). Alles noch unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung

fung oder Friedenssicherung. In Wahrheit geht es um Macht und wirtschaftliche Interessen, Einflussphären und Rohstoffe.

Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Mächten werden immer schärfer. Hinter den führenden Politikern stehen auch heute große Konzerne mit ihren Profitinteressen. Auf welche Weise werden sie sie durchsetzen?

Krise – Faschismus – Krieg: Haben diese Schlagworte noch immer ihre Gültigkeit? Manchmal scheint es so. Es liegt an uns, diese „Gesetzmäßigkeit“ zu durchbrechen. Daher noch ein bekanntes, aber göltiges Schlagwort:

WEHRET DEN ANFÄNGEN !

Was kann das im Konkreten bedeuten? Grundsätzlich muss jede/r für sich entscheiden wann, wo und in welcher Form er/sie diesen Entwicklungen Einhalt gebieten kann. Heute heißt es: Milliarden aus unseren Steuergeldern für Militarisierung, Bundesheer und Kriege auszugeben; sparen bei Sozialausgaben, beim Gesundheitswesen, Lohnraub und gigantische Preiserhöhungen für uns alle.

So kann es nicht weiter gehen! Auch wenn es nur kleine Handlungen sind, die Summe aller dieser Aktionen macht eine Bewegung aus.

Wir, für uns als Gruppe, richten derzeit unser Augenmerk auf die Rolle, die unsere Regierung für Österreich in den internationalen Konflikten vorsieht.

Mit immer größeren Schritten bewegen wir uns von der Neutralität weg: Durch die EU-Verfassung, ob alt – ob neu, werden wir massiv in die Kriegsvorbereitungen der Großmächte einbezogen. Zunehmend wird heute der Anschluss an die Euro-Armee, in der Frankreich und Deutschland das Sagen haben, vollzogen. (Und wir wählen bewusst das Wort „Anschluss“.)

Der Einsatz österreichischer Soldaten im Tschad wird zwar von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt, das hindert aber Herrn Darabos nicht daran, das Kontingent aufzustocken. Frei nach Bockerer, der im Bezug auf die faschistische deutsche Eroberungsarmee vor Stalingrad sagte: Was machen wir dort, haben wir dort einen Schrebergarten?, stellen wir heute die

Frage: Für wessen Interessen stehen im Tschad österreichische Männer und Frauen? Dieser Einsatz hat nichts mit „humanitären Einsätzen“ zu tun, sondern mit Mitmachen in kriegerischen, geopolitischen Konflikten und soll uns Österreicher und Österreicherinnen auf eine neue Rolle im Weltgeschehen vorbereiten: Teil einer aggressiven, menschenverachtenden Eroberungspolitik zu sein.

Gegen diese treten wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, wie es das Neutralitätsgesetz vorschreibt, auf und hoffen auf eure Unterstützung!

Unsere Neutralität ist der wichtigste Beitrag, den Österreich zur Friedensstiftung leisten kann. Treten wir für die Beibehaltung der Neutralität ein!

Anlässlich der von einer Reihe von Organisationen am 12. März 2008 am Heldenplatz in Wien durchgeführten Gedenkveranstaltung „Nacht des Schweigens“ anlässlich der Opfer des Hitler-Einmarsches vor 70 Jahren, traten auch wir aktiv auf und haben den hier abgedruckten Text als Flugblatt gemeinsam mit den „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ verbreitet.

ÜBERWACHUNGSSTAAT

Was in den letzten Wochen rund um die Machenschaften des Innenministeriums bekannt wurde, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen.

Da hat nicht nur die Polizei per Gesetz von SPÖ und ÖVP unter Jubel von FPÖ und BZÖ weitgehende Überwachungsrechte gegen jeden einzelnen Bürger in die Hand bekommen (Sicherheitspolizeigesetz), sondern ein Staat im Staat, das so genannte Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) arbeitete im praktisch rechtsfreien Raum „weisungsfrei auf Weisung“ des Innenministeriums. Der viel gepriesene Rechtsstaat wurde da mir nix, dir nix ausgehebelt. Die Staatsspitzen tun zwar empört, doch weder Bundeskanzler, noch Bundespräsident finden die richtigen Worte, geschweige die richtigen Taten. Das Ganze wird als Koalitionskrach herunter gespielt und auf die Frage Untersuchungsausschuss ja oder nein reduziert.

Schaut man sich gleichzeitig an, wie – nicht nur gerade in Deutsch-

land – sich Bosse und Bonzen des Staates als Selbstbedienungsladen bedienen (Erhöhung der Managergehälter, Steuerhinterziehung, Bankenpleiten usw.), schon offiziell unermesslichen Reichtum anhäufen, wie etwa in den Privat-



stiftungen, in denen mittlerweile in Österreich 60 Milliarden Euro praktisch steuerfrei geparkt sind, Konzerne Arbeitsplätze von einem Tag auf den anderen vernichten, gleichzeitig die Bevölkerung mit Preis- und Tariflawinen ohne Steuerreform, längeren Arbeitszeiten, Verschärfung von Arbeitslosenbedingungen, mit erhöhten Pflegekosten, Pensions"erhöhungen" die eine reine Augenauswischer-

rei sind usw., belasten, dann kann man sich vorstellen, wovor sich all diese Herrschaften fürchten und mit Hilfe des Staatsapparates schützen wollen: gegen den wachsenden Unmut der Menschen.

Was sich bei uns noch in rapide sinkender Wahlbeteiligung (z.B. Graz, nur mehr 53 %) und Abwenden von der Politik ganz generell zeigt, führt in Deutschland etwa dazu, dass der dortige Finanzminister sagen musste, „dass das System (Kapitalismus, Anm. d. Red.) von den Eliten gefährdet wird.“

Der Ausweg der Eliten war schon einmal der Aufbau von autoritären und faschistischen Regimen. Deren Parteien bzw. heutige Nachfolger profitieren auch von der „Politikverdrossenheit“ der Masse der Menschen. Auch weil die selbst ernannten Vertreter der arbeitenden Menschen wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei uns voll in das System eingebunden sind. Wo bleibt zum Beispiel der Aufschrei

und die Taten des ÖGB gegen die Teuerungen und Arbeitsverschlechterungen oder gegen die jetzigen Polizei-Vorgänge? Untersuchungsausschuss? Das soll alles sein? Schon stößt der stramme deutschnationale auf Österreich-Patriotismus („soziale Heimatpartei“?!) tuende Herr Strache in das



Vakuum und versucht von der „Großen Koalition“ angefressene Wähler zu fischen.

Der ÖGB hat in seinen Statuten die Verteidigung der demokratischen Repu-

blik Österreich stehen. Bis jetzt war der ÖGB stumm, obwohl immer klarer wird, dass dieser Staat, immer mehr der Staat der Reichen, hochdotierten Rechtsbieger und Unterdrücker wird. Dieses Schweigen und Nichthandeln der – man muss schon bald sagen „angeblichen“ – ArbeitnehmervertreterInnen, macht die antidemokratischen, rechten Kräfte in Wirtschaft, Staat und Parteienlandschaft erst wirklich stark, wenn wir arbeitenden Menschen „unsere“ Vertreter nicht dazu bringen endlich in unserem Interesse zu handeln oder – noch besser – uns selbständig und gemeinsam von unten zusammen schließen, selbst tätig werden und uns wehren.

Über das, was sich heute in Österreich (schon wieder) abspielt. Und gerade auch am 12. März, dem Tag an dem vor 70 Jahren Hitler Österreich überfallen hat. (siehe dazu an anderer Stelle).

Dies gelang, weil die autoritär unter Ausschaltung des Parlaments herrschenden Machthaber damals die eigene Bevölkerung und ihren Freiheitsdrang mehr fürchteten als den Einmarsch Hitlers. Lieber gaben sie so Hitlers Drängen nach als die Bevölkerung zu mobilisieren, die bereit war, für ein unabhängiges Österreich einzutreten und bei der bereits angesetzten Volksabstimmung für Österreich und gegen Deutschland abstimmen wollte. Mit Schuschniggs „Ich weiche der Gewalt, Gott schütze Österreich“ wurde unser Land in Faschismus und Krieg hineingezogen, weil Teile der österreichischen Eliten schon mit Hitler mitmachen wollten und sich Posten und Macht unter den neuen Herren erhofften. Während die gleichen österreichischen Herrschenden damals vier Jahre zuvor (1934) Gewalt gegen die österreichische Arbeiterschaft anwandten, getrauten sie sich gegen das noch schwache Hitler-Deutschland, das Österreich für seine Kriegsvorbereitungen brauchte, keinen einzigen Schuss abzugeben, wurden sogar die Teile der Generalität des Bundesheeres, die Widerstand leisten wollten „gesäubert“. (Literatur: „Der Fall Österreich – Schausberger, 1978) Ja noch mehr: Mit der gewaltsamen Niederschlagung der österreichischen Arbeiterschaft 1934 und dem Widerstandslosen Hereinlassen Hitlers, haben Österreichs Herrschende die eigene Bevölkerung erst wehrlos gemacht. Dollfuß und Schuschnigg gebärdeten sich als die „besseren Faschisten“ und unternahmen nichts gegen die Nazis. Statt die Bevölkerung zu mobilisieren und die Volksab-

stimmung schnell durchzuführen, glaubte man mit Hitlerdeutschland packeln zu können – bis es zu spät war. Und noch heute wird die Geschichte so darzustellen versucht, dass ja die Bevölkerung Österreich selbst Schuld trage am „Anschluss“, ja alle Hitler zugejubelt hätten. Und das passiert alles just unter einem SP-Kanzler, der offensichtlich um jeden Preis unter dem Koalitionspartner VP, der Nachfolgerpartei der Austrofaschisten Dollfuß und Schuschnigg, Bundeskanzler bleiben möchte.



Andreas Khol, früherer Nationalratspräsident und jetziger VP-Pensionistensprecher sagt dann auch noch bei einer Kundgebung zum Gedenken an den 12. März 1938, nachdem er die SPÖ aufforderte die Ereignisse der Zwischenkriegszeit neu zu betrachten (wohl im Sinne der ÖVP, Anm. d. Red.) wiederum und unverbesserlich: „Gott schütze Österreich“ So wird den anti-demokratischen und deutschnationalen Kräften in VP, FP und BZÖ Vorschub geleistet.

POSTBUS – MODERNE CHRISTENVERFOLGUNG

FELDZUG GEGEN GEWÄHLTE BETRIEBSRÄTE

„Wir Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Österreichischen Postbus AG, Franz Poimer und Robert Wurm, stellten immer wieder unangenehme Fragen bei geplanten Grundstücks-/Dienststellenverkäufen, wenn damit die Arbeitsplätze gefährdet waren. Wir wollten nur die geplanten Käufer plus Verkaufserlös wissen. Die einzige Antwort erhielten wir per Fax von der ÖBB Holding, Herrn Söllinger, dass wir aus dem Aufsichtsrat hinausgeschmissen wurden. Per Gerichtsbeschluss sind wir wieder eingezogen. Im Jänner 2008 wurden zum Schutz der Rechte der Vertragsbediensteten/Beamten in der Österreichischen Postbus AG/Personalamt Betriebsratswahlen durchgeführt.



Und siehe da: Wieder wurden mit Steuergeldern Heerscharen von Anwälten der ÖBB beauftragt, um Klagen gegen diese demokratischen gewählten Betriebsräte („Anfechtung der Betriebsratswahlen österreichweit“), einzubringen.

Und siehe da, seit langer Zeit war ich wieder stolz auf das Rechtssystem in Österreich. Die ÖBB wurde beauftragt, sofort diese Verfolgung (Moderne Christenverfolgung) von demokratisch gewählten Betriebsräten einzustellen, die Klagen ruhend zu stellen und die anfallenden Rechtskosten zu übernehmen.“

GESUNDE GESCHÄFTE

Seit Jahr und Tag wird getrommelt, dass unser Gesundheitssystem nicht mehr finanziert werden könne. In Wirklichkeit ist das eine Lüge und dient nur dazu die Menschen zu verunsichern und so genannten privaten „Gesundheitsanbietern“ und private Versicherungen den profitablen Gesundheitsmarkt zugänglich zu machen.

Vorweg

Zwar stiegen in den letzten Jahren die Kosten für das Gesundheitssystem an, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) aber sind die **Gesundheitsausgaben nicht gestiegen** oder sinken sogar wieder, wie eine Statistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zeigt. Die jährliche Steigerungsrate für Gesundheitsausgaben lag zwischen 1995 und 2005 bei durchschnittlich 3,85 Prozent – und damit nur leicht über der des Steueraufkommens (3,43 Prozent) und jener des BIP (3,40 Prozent), so Michael Kunze in seiner Diplomarbeit „Reformen im österreichischen Gesundheitswesen zwischen 1995 und 2007. Auswirkungen auf die Kosten- und Finanzierungsstruktur der sozialen Krankenversicherung“, November 2007. Der Ausdruck „Kostenexplosion“ sei demnach „pure Angstmache“ und „in keinster Weise gerechtfertigt“ (Die Presse, 27.12. 2007).

Die Gesundheitsausgaben der öffentlichen Hand inklusive der Sozialversicherungen sind von 14,0 Mrd. Euro im Jahr 1997 auf 19,0 Mrd. Euro im Jahr 2005 angewachsen. Gemessen am BIP bedeutet das aber nur eine Steigerung um 0,1 Prozentpunkte von 7,6 auf 7,7 Prozent, so die Daten der Statistik Austria laut System of Health Accounts der OECD (Die Presse, 28.8.2007).

Wenn also die Gesundheitsausgaben insgesamt gleich geblieben sind, wieso müssen wir dann immer mehr selbst bezahlen? Zum Beispiel: Die Ausgaben für Medikamente, die den Pharmakonzernen und den Apothekern zugute kam steigen im gleichen Zeitraum um fast das Doppelte, und zwar von 1,45 Mrd. Euro auf 2,61 Euro, so der Hauptverband (Kronen-Zeitung, 28. 1. 2008)! (Die Selbstbehalte der arbeitenden

Menschen sind die Gewinne der Pharmakonzerne und ihrer Vertriebspartner, der Apotheken.

Fakten zu den Krankenkassen

1. Finanzierung

Derzeit werden in Österreich etwa 70% der Gesundheitsausgaben von der öffentlichen Hand getragen, 30% von privaten Haushalten (insb. durch direkte (7,6%) und indirekte (13,5%) Selbstbehalte). Der Anteil der österreichischen Sozialversicherung an den Gesundheitsausgaben beträgt 45%.

2. Defizite?

Die Krankenversicherung verzeichnet 2007 Ausgaben von 13,1 Mrd. Euro, während die Einnahmen lediglich 12,7 Mrd. Euro betragen. Für 2007 wird mit einem Abgang von 355 Mio Euro gerechnet.

3. Schlechte Gebietskrankenkassen?

Im Gegensatz zu den GKKs konnten die Sondersicherungsträger (SVB, BVA, VAEB, SVGW) ihr Netto-Reinvermögen von 2001 bis 2007 von EUR 400.000 auf EUR 1,1 Mio vergrößern. Das liegt nicht an der „schlechten Wirtschaftsführung“ der GKKs, sondern zum Teil an der besseren Risikostruktur der in den Sondersicherungsträgern Versicherten: Der Anteil der Besserverdienenden ist weit größer, dadurch fallen weniger Aufwendungen an (BesserverdienerInnen sind im allgemeinen gesünder- „social gradient“), der Aufwand für Angehörige und PensionistInnen ist geringer. Doppelversicherte Personen beanspruchen auch eher die Leistungen der GKKs, weil für diese keine Zuzahlungen zu leisten sind. Die Sondersicherungsträger beziehen höhere Einkünfte aus Selbstbehalten.

Die Sondersicherungsträger der Bauern und Beamten wurden unter Schwarz-Blau durch gesetzliche Maßnahmen saniert:

Bei der Bauernkrankenversicherung wurden die Beiträge erhöht, die Beitragsgrundlage verbreitert und Mittel der Unfallversicherung wurden in die Krankenversicherung geleitet. Der Beamtenversicherung wurde (zu Lasten der Gebietskrankenkassen) der Vertragsbestand der Vertragsbediensteten übertragen. Damit wurde ein hoher zweistelliger Millionenbetrag von den Gebietskrankenkassen zur Beamtenkasse verschoben.

Der Hebesatz (fiktiver Arbeitgeberbeitrag des Bundes für PensionistInnen) wurde von der letzten Bundesregierung um 11,3 Prozent gesenkt. Das belastet vor allem Gebietskrankenkassen mit einem hohen Anteil versicherter PensionistInnen. Der Beitrag des Bundes für die Pensionistenkrankenversicherung der Gewerbetreibenden ist um 11,7 Prozent höher als für die Versicherten der Gebietskrankenkassen. Der Bundesbeitrag für die Krankenversicherung der Bauern ist überhaupt um 120,6 Prozent höher.

Ohne die politischen Maßnahmen seit 2002 hätte die z.B.: WGKK kein „Defizit“ sondern einen Überschuss von 156 Mio. Euro. Leidtragende dieser Politik sind die Versicherten.

4. Ausgleich?

Seit 1961 besteht ein Ausgleichsfonds beim Hauptverband. Die Erhöhung der Beitragssätze 2002 zur solidarischeren Finanzierung wurde jedoch auf Beschwerde einiger reicherer Sondersicherungsträger und Kassen vom VwGH aufgehoben. Ein Strukturgleichgewicht ist derzeit also nur bedingt möglich.

5. Einsparungspotenzial?

Insgesamt fallen derzeit 74% der Krankenausgaben für die ärztliche Hilfe (3,2 Mrd. Euro), die Anstaltspflege (3,7 Mrd. Euro) und für Medikamente (2,8 Mrd. Euro) an. Die Medikamen-



Mehr zum Thema Gesundheit und Sozialversicherung unter:

proSV - Plattform: Keine Zerschlagung der Sozialversicherung

Homepage:

<http://prosv.akis.at>

E-Mail:

proSV@akis.at

tenkosten stiegen im Zeitraum 1997 bis 2007 um mehr als 80%. Die restlichen Ausgaben sind u.a. Zahnbehandlungen, Mutterchaftsleistungen, Krankengeld und Verwaltungsaufwand.

Die größten Sparpotentiale bestehen insbesondere bei den vielen, durch fehlendes oder schlechtes Schnittstellenmanagement hervorgerufenen Doppeluntersuchungen und den Medikamentenkosten.

Bei den Kosten für Verwaltung ist demgegenüber wenig zu holen. Der Verwaltungsaufwand liegt hierzulande nur bei 2,8 %.

6. Schüssels Maßnahmen

Im Zeitraum der letzten Regierungsperiode wurde die Finanzsituation der Kassen akut. Des Öfteren wurde auf die prekäre Situation öffentlich hingewiesen, die Bundesregierung stellte sich jedoch taub und belastete die Krankenversicherungen durch gesetzliche Maßnahmen wie der Pauschalierung der KV- Beiträge für Arbeitslose (+264 Mio.) mit EUR 1,81 Mrd. Dem stand eine Entlastung von EUR 1,83 Mrd. gegenüber, die die erhöhten Aufwendungen nicht auszugleichen in der Lage war. Die derzeitige Situation ist also kein Zufall, sondern (mindestens) grob fahrlässig hervorgerufen worden. Sehr wohl wurden allerdings etliche Maßnahmen getroffen, um die PatientInnen zu belasten: Beiträge wurden erhöht, Selbstbehalte wurden eingeführt, Leistungen gekürzt.

7. Mutwillige Verschärfung

Die Aufwendungen der Krankenversicherungen für Medikamente stiegen zw. 1997 und 2007 um über 80 % (!), trotz Versuchen der Kostendämpfung, obwohl der Medikamentenkonsum rückläufig war. Ein beträchtlicher Teil der fachärztlichen Leistungen verlagerte sich überdies vom Spital in den niedergelassenen Bereich, der im Gegensatz zu den Spitälern zur Gänze von den Sozialversicherungen zu tragen ist. Zudem verschärft die steigende Zahl der Insolvenzen die Lage (für Versicherte insolventer Unternehmen leistet die Sozialversicherung, ohne dass die Unternehmen Beiträge zahlen). ...

8. Medikamentenpreise

... Die Zügellosigkeit der Preisregelung der österreichischen Pharmakonzerne ist hier hauptverantwortlich. Es muss allerdings gelingen, die Ausgaben für Me-

dikamente an die Steigerung der Einnahmen anzupassen. Das darf nicht dadurch erfolgen, dass notwendige bzw. wirksame Medikamente nicht mehr verschrieben werden. Aber 1.800 PharmareferentInnen versuchen das Verschreibeverhalten der ÄrztInnen im Sinne der Pharmaindustrie zu beeinflussen. Die Pharmaindustrie gibt etwa ein Viertel bis ein Drittel ihres Budgets für Werbung und Marketing aus. Nicht einmal halb so viele Mittel fließen in Forschung & Entwicklung. Sogar der Reingewinn nach Steuern ist höher als die F&E Ausgaben! 80 % der neu zugelassenen Präparate sind „Me-too“ Produkte, also neue Aufgüsse von altbekannten Arzneien, ... alter Wein in neuen Schläuchen auf Kosten der BeitragszahlerInnen und der Krankenkassen!

9. Kassen vor der Pleite?

Das österreichische Gesundheitssystem funktioniert nicht nach betriebswirtschaftlichen Kategorien, darum kann es auch nicht „pleite“ oder „konkursreif“ sein. In Österreich gibt es keinen Kassenwettbewerb und keine Gewinnorientierung der Sozialversicherung, die Bedürfnisse der Menschen stehen im Vordergrund. Das macht es (lt. OECD) zu einem der besten Gesundheitssysteme weltweit. Es ist lediglich eine Frage „guter“ oder „schlechter“ Gesundheitspolitik, wie viel Geld den Krankenversicherungen zur Verfügung steht, nicht der „wirtschaftlichen Führung“, da Gesundheit nicht von Profiten abhängig gemacht werden darf.

10. Lösungsstrategie?

Statt Qualitätsverluste in Kauf zu nehmen und das Gesundheitssystem nach neoliberalen Muster umzuorganisieren, ... muss die Finanzierung auf breitere Beine gestellt werden. Kapitalerträge und solche aus Miete und Pacht müssen herangezogen, die Höchstbeitragsgrundlage erhöht werden. Auch die Einführung der Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung des Gesundheitssystems wäre längst angebracht. Besserverdienende und Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten! Daneben müssen die Pharmakonzerne bezüglich der Preisentwicklung der Medikamente deutlich zurückgepfiffen werden. Die Verschiebungen von Aufwendungen vom Bund auf die Krankenversicherungen ist rückgängig zu machen ...

11. Verantwortung der Politik

Die Zahlungsschwierigkeiten der

Gebietskrankenkassen kommen nicht überraschend. Daher haben die VertreterInnen der Selbstverwaltung schon lange appelliert die Finanzsituation der Kassen zu verbessern. Die Folgen der finanziellen Unterausstattung der Kassen zahlen jedenfalls die Versicherten. Außerdem mussten sich die Kassen am Kapitalmarkt durch Kreditaufnahmen verschulden um ihrem gesetzlichen Leistungsauftrag nachkommen zu können. Deshalb müssen mit den Beiträgen der Versicherten Zinsen an Banken anstatt Leistungen bezahlt werden. Eine Entschuldung der Krankenkassen ist daher absolut notwendig!

Quelle der Zusammenstellung des Fragen- und Antwortkataloges: FSG/GPA-djp

Aussicht

Zwar beziehen sich die Daten auf die Jahre 2000 bis 2006, also auf die Zeit der ÖVP-FPO-BZÖ Regierung, von der neuen SPÖ-ÖVP-Regierung ist aber keineswegs eine Besserung, sondern noch mehr Belastungen für die arbeitenden Menschen zu erwarten, wie die ersten durchgesickerten Vorschläge andeuten. So titelte etwa der Kurier am 1. April 2008 (kein Aprilscherz): „Eine Reform, die alle am eigenen Leib spüren werden.“ Das heißt, **obwohl die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) gleich bleiben oder sogar wieder leicht sinken, sollen über eine Angstmache von wegen die „Kassen sind pleite“ die arbeitenden Menschen für weitere Selbstbehalte reif gemacht und noch mehr „privat“ zur Kasse gebeten werden.**

Zukunftskonzept

Ein Zukunftskonzept zur **Sozialversicherung** wurde von Beschäftigten und BetriebsrätInnen der aus diesem Bereich erarbeitet. Mehr dazu unter <http://www.prosv.akis.at> bzw. in unserer nächsten Ausgabe.



LESERBRIEF:



„Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück.“

Im Herbst des vorigen Jahres wurde von der GPA-DJP, ehemaligen Funktionären und Betriebsräten angeboten, in der Aktionsgruppe 55/60 plus, bei Aktionen der Gewerkschaft mitzuarbeiten. Eine Verteileraktion bei Zielpunkt/Plus war als größere Aktion geplant, dies sollte bei einer Auftaktveranstaltung unter anderen besprochen werden. Auf Grund der Probleme bei Zielpunkt zum damaligen Zeitpunkt, wurde dieser Tagesordnungspunkt gleich auf einen späteren Termin verschoben. Es blieb dann eben beim Kennenlernen der überraschend großen Anzahl der interessierten Kolleginnen und Kollegen.

Die rücksichtslose und unverständliche Vorgangsweise der Pharmafirma Novartis vor Weihnachten, war ein Grund, eine groß angelegte Apotheken-Verteileraktion zu organisieren. KollegInnen von 55/60 plus hatten bereits einen Apotheken-Standplatz zugeteilt und waren sehr motiviert die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. Wenn man über kleine Organisationsmängel, wie das Abholen des Verteilermaterials im 3. Bezirk für ganz Wien und der Uneinigkeit über die Ansprechpersonen hinweg sieht, hätte es funktionieren müssen.

Mit der Begründung, diese Aktion ist für die Verhandlungen des Betriebsrates mit der Firmenleitung von Novartis kontraproduktiv, wurde zwei Tage vor dem Verteilungstermin alles „abgeblasen“.

Da sogar Apotheker mitgemacht hätten, scheint das Verhältnis zu Novartis mehr als gestört. Wenn sich der Betriebsrat formal von dieser Aktion distanziert hätte, wäre der Initiative der Gewerkschaft als unserer Kampforganisation nichts im Wege gestanden die Öffentlichkeit zu informieren.

Ich frage mich ernstlich, wie lange wird es noch Idealisten geben, die dieses „vor Kollegen, wir gehen wieder zurück“, unterstützen?

Mit kollegialem Gruß
F.B.

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätsreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

94/08

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949
Erscheinungsort Wien, P.b.b., Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichische Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Teuerungswelle: **Wo bleibt die Gewerkschaft?**

Essen ist im Jahresabstand um fast 9% teurer geworden. Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse haben sich um ca. 3% bewegt. Wie kann man sich da als ÖGB zurücklehnen und sagen, die Abschlüsse waren ein Erfolg?! Ja, für die Firmen und Bosse! Die Gewinne steigen und die Bosse genehmigen sich zu ihren satten Gagen noch Sonderzahlungen! Wem vertreten die ÖGB-Spitzen?

Österreichische Soldaten im Tschad: Kein humanitärer Auftrag

Was hat man uns nicht alles erzählt, wofür Österreich für den EU-Militäreinsatz im Tschad Soldaten abstellt. Für den Schutz der Flüchtlinge, für humanitäre Zwecke. Nun hat der Kommandant der österreichischen Tschad-Truppen, Oberst Heinz Assman, ausdrücklich erklärt: „Der EUROFOR-Auftrag an die Truppe wurde in der österreichischen Öffentlichkeit falsch kommuniziert.“ Also worum geht es? „Die österreichischen Jادkommandosoldaten im Tschad werden keine Flüchtlingslager bewachen, sondern sie bekommen einen Fehrnspäh Auftrag.“ Das erfordert, „aktiv die Räuberbanden in einem etwa 200.000 km² großen Wüstengebiet (Österreich hat 84.000 km²) zu bekämpfen. Das geht von der Einschränkung der Bewegungsfreiheit bis zur Vertreibung.“ (Kurier, 2.3.2008)

Was der Herr Oberst da sagt, heißt dass man uns in der gemachten Meinung bewusst die Unwahrheit gesagt hat und jetzt überhaupt schweigt, um ja keinen Unmut aufkommen zu lassen. Die EU-Kriegspolitik, an der sich Österreich im Namen der „Humanität und des Friedens“ beteiligt, soll gerade im Hinblick auf den jetzt in der Bevölkerung abgelehnten EU-Vertrag, der diese EU-Kriegspolitik noch mehr legitimieren und legalisieren soll, verheimlicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin angewiesen sind. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Wer daran interessiert ist, auch zwischen den Aussendungen Infos zu erhalten, gibt uns bitte auch seine/ihre E-Mail-Adresse bekannt unter: oesolkom@gmx.at

Mit solidarischen Grüßen
Österreichisches Solidaritätskomitee

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

600000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

600000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

004

40+